

# Zürich

## Verlorene Schätze

Das Nationalmuseum in Rio de Janeiro ist nicht mehr. In der Nacht auf Montag brannte es ab. Es wurde schon vorher vernachlässigt. **SEITE 28**

## Zensierte Meinung

Konservative amerikanische Politiker sind sicher: Google, Facebook und Co. zensieren rechte Anliegen. **SEITE 21**



# Ortskerne sollen attraktiver werden

**KANTONS RAT** Attraktive Ortskerne – ein Ziel, das für Politiker jeglicher Couleur erstrebenswert ist. Weil man sich im Parlament über den Weg zum Ziel nicht einig war, liess sich trefflich über ein Postulat streiten. Überwiesen wurde es trotzdem.

Farid Zeroual (CVP, Adliswil) sitzt seit zwei Wochen im Kantonsrat. Als Erbe eines Postulats von Philipp Kutter (Wädenswil), der sich in den Nationalrat verabschiedet hat, kam er bereits zu einem ersten Auftritt. Zeroual sagte, mit dem Vorstoss wolle er den motorisierten Individualverkehr weder behindern noch vermeiden. Der Kanton Zürich brauche ein leistungsfähiges Strassennetz. Die Bevölkerung wachse und mit ihr der Bedarf an Mobilität.

«Der Kanton soll aber anerkennen, dass Hauptverkehrsstrassen in Ortszentren mehr sind als Verkehrsachsen und Autobahnzubringer», sagte Zeroual. Die Strassenabschnitte in den Ortszentren seien auch Einkaufsstrassen, Velostrassen und auf den Trottoirs würden Einwohner zirkulieren. «Die Hauptverkehrsstrassen in den Dorfszentren sind Teil des öffentlichen Raumes», sagte Zeroual und weiter: «Sie sind der Ort, wo die Dörfer und Kleinstädte leben. Wo sich Gewerbe, Bewohner und Besucher begegnen.»

### Häufig einseitig auf den Verkehr ausgerichtet

Bei vielen Staatsstrassen in Ortszentren würden sich die Anforderungen vermischen. Häufig seien sie einseitig auf die Bedürfnisse des motorisierten Individualverkehrs ausgerichtet. Die Anliegen aus dem Städtebau – wie Aufenthaltsqualität, Fuss- und Radverkehr, öffentlicher Verkehr, Senkung der Umweltbelastung – würden nur untergeordnet gewichtet.

Die Gestaltung der Verkehrsflächen im Strassenbereich hätten aber Einfluss auf die Benutzbarkeit der Begegnungszonen. Zeitgemäss wäre es etwa, wenn man in Ortszentren Kurzzeitparkplätze, Bürgersteige mit ausreichenden Aussenflächen und hindernisfreie Strassenquerungen mit Mittelinseln einrichten könnte. «In eini-

gen Städten sind derartige Ansätze bereits ansprechend umgesetzt – etwa in meinem Wohnort Adliswil», sagte Zeroual.

Das Postulat fordere kein Tempo 30. «Für die Gemeinden wäre es aber schon ein grosser Schritt, wenn der Kanton Zürich auf seinen Strassen auch bei Tempo 50 mehr Gestaltung zulassen würde», sagte der Postulant. Dafür müsse man die Normen und Standards überarbeiten.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur) bekräftigte, dass sich auch die Grünen für attraktive Ortskerne einsetzen würden. Das Postulat bezeichnete er aber als mutlos. «Solange es die oberste Maxime ist, die Kapazität der Staatsstrassen zu erhalten, kann das nicht funktionieren», sagte Brunner.

### Ohne Einschränkungen geht für die Linke nichts

Wie die Grünen konnten auch SP, AL und EVP wenig mit dem Postulat anfangen. Ohne Einschränkungen der Kapazität lasse sich die Attraktivität der Ortszentren nicht erhöhen, lautete der Tenor.

Martin Neukom (Grüne, Winterthur) gab zu bedenken, die hohe Mobilität begünstige das Lädelersterben. Würden die Leute erst einmal im Auto sitzen, sei nämlich der Weg ins nächste Einkaufszentrum nicht weit.

Den Vorstoss verteidigte Christian Lucek (SVP, Dänikon). Er komme zum richtigen Zeitpunkt. Der Dialog zwischen Kanton und Gemeinden sei wichtig. «Die Gemeinden wissen, wie ihre Ortskerne funktionieren», sagte Lucek.

Er strich zudem hervor, wie wichtig für das lokale Gewerbe Parkplätze seien. Ohne Parkplätze würde auch die Laufkundschaft

ausbleiben, auf welche das Gewerbe angewiesen sei. Jörg Kündig (FDP, Gossau) betonte die Rolle von Zentren und Ortskernen für das Zusammenleben. «Staatsstrassen, die wie regelrechte Schneisen durch Ortszentren führen, sind mitverantwortlich für das Lädelersterben», sagte Kündig.

In den regionalen Richtplänen werde von Umgestaltung des Strassenraumes gesprochen. Es würde aber an Beispielen und Anreizen fehlen. Zudem gebe es Unklarheiten, was die Planung und Finanzierung betreffe. Das Postulat wurde mit 112 zu 61 Stimmen überwiesen. *Patrick Gut*



**Spielraum vom Kanton gefordert:** Staatsstrassen in Ortszentren – hier die Zugerstrasse in Wädenswil – sollen mehr sein als Autobahnzubringer. *Archivfoto: S. Rock*

## Tötung im Pausenraum

**SAMSTAGERN** In einem Autospritzwerk in Samstagern ist gestern Morgen ein 30-jähriger Rumäne tot aufgefunden worden. Acht Personen wurden verhaftet, darunter auch der mutmassliche Täter, ein gleichaltriger Landsmann des Opfers.

Bei den acht Verhafteten handelt es sich um vier Schweizer, drei Rumänen und einen Italiener, wie es bei der Kantonspolizei Zürich auf Anfrage hiess. Einer dieser acht ist auch der Besitzer des Unternehmens. Diese Personen seien verhaftet worden, um umfangreiche Befragungen zum Tathergang machen zu können.

Was sich im Pausenraum des Spritzwerkes abspielte, ist noch nicht geklärt. Die Polizei war kurz vor 9 Uhr alarmiert worden, dass in dem Raum ein lebloser Mann liege. Die Einsatzkräfte konnten nur noch den Tod des 30-jährigen feststellen. Gemäss Angaben der Polizei war das Opfer im Autospritzwerk angestellt. *sda*

## Ruderer zeigt sich selbst an

**BADEUNFALL** Nachdem ein Rennruderboot am Samstag auf dem Zürichsee beim Hafen Riesbach einen 72-jährigen Schwimmer rampte, hat sich einer der Ruderer nun bei der Polizei gemeldet. Er wurde bei der Wasserschutzpolizei vorstellig und zeigte sich selber an. Damit seien die vier Ruderer nun bekannt, teilte die Stadtpolizei Zürich gestern mit. Der Ruderer meldete sich, weil die Medien über den Vorfall berichtet hatten. *sda*

## Splitter & Späne

Die Diskussion um attraktive Ortskerne zeigte gestern schön, wie sich die Diskussion im Kantonsrat zuweilen vom eigentlichen Thema wegentwickeln und auf eine grundsätzliche Ebene gelangen kann. **Hans-Peter Amrein (SVP)** warf der Linken – wohl alles Staatsangestellte, wie er antönte – vor, sie würden sich nicht für das Schicksal der Gewerbetreibenden interessieren. Dabei seien es doch die Gewerbetreibenden, welche praktisch die ganzen Steuern bezahlen würden. Das konnte **Thomas Marthaler (SP)** nicht so stehen lassen: «Das Gewerbe zahlt gar nicht so viel Steuern», meinte er. Das wiederum rief **Christian Müller (FDP)** auf den Plan. «Dieses Votum ist eine Frechheit», sagte er.

Von **Marcel Lenggenhager (BDP)** ist seit einigen Jahren bekannt, dass er ein passionierter Golfer ist. Spätestens gestern hat er sich nun auch noch als Freund des Schwingsports geoutet. In der Debatte nahm er – den Brauch bei den Schwingern völlig verinnerlicht – Bezug auf ein Votum von SVP-Kantonsrat Bonato Diego. *pag*

# Im Notfall aus dem Fenster in die Limmat

**KANTONS RAT** Im Rathaus soll der Kanton weiterhin die Sicherheitsvorschriften übergehen dürfen.

Das Zürcher Rathaus hat nur einen begehbaren Fluchtweg: den Gang durchs Treppenhaus und den Haupteingang. Sollte dieser versperrt sein, etwa bei einem Brand oder Terroranschlag, sieht der Sicherheitsleitfaden der Staatskanzlei den Sprung aus dem Fenster in die Limmat vor. Da der Ratssaal, in dem regelmässig Kantons- und Gemeinderat sowie die Parlamente der beiden Landeskirchen tagen, im Obergeschoss liegt, bedeutet dies einen Sprung aus dem ersten oder zweiten Stock. Im zweiten Stock befindet sich die Zuschauertribüne.

Für EVP-Kantonsrat Hanspeter Hugentobler (Pfäffikon) ist dies ein unhaltbarer Zustand. Per Postulat forderte er den Regierungsrat auf, darzulegen, wie die

Sicherheit baldmöglichst mit einem gesetzeskonformen zweiten Fluchtweg zu verbessern wäre. In einer ersten Stellungnahme hatte die Regierung die Forderung abgelehnt. Sie verwies einerseits auf den Denkmalschutz, unter dem das 1698 eingeweihte Gebäude steht, andererseits auf technisch-bauliche Sicherheitsvorkehrungen, die in den letzten Jahren verbessert wurden. Dabei blieb jedoch das Fluchtwegproblem ungelöst.

Gestern debattierte der Kantonsrat über das Postulat. «Nur beim Rathaus ist der Denkmalschutz wichtiger als der Mensch», regte Hugentobler sich auf. «Und nur für sich selbst macht der Kanton eine Ausnahme.» Ansonsten würde es wohl niemandem erlauben, einen Saal für 200 bis 300 Personen im Obergeschoss ohne zweiten Fluchtweg zu betreiben. «Für Räume ab 50 Personen ist ein

zweiter Ausgang vorgeschrieben», doppelte Markus Schaub (EVP, Zell) nach.

### Zeitpunkt wäre ideal

Laut Hugentobler wäre der Zeitpunkt ideal, um das Problem anzupacken. In den nächsten Jahren muss die Rathausbrücke aus Gründen des Hochwasserschutzes neu gebaut werden. Da in dieser Zeit die Parlamente wohl andernorts tagen dürften, liesse sich dann ein zweiter Fluchtweg aus dem Rathaus bauen – etwa eine Fluchttreppe an der Aussenfassade, so Hugentobler.

Unterstützung erhielt er von der FDP, der AL und der SP. «Wir verstehen auch nicht, dass wir als Gesetzgeber in einem Gebäude tagen, das gegen die gesetzlichen Vorgaben verstösst», sagte Isabel Bartal (SP, Zürich). Nebst dem fehlenden zweiten Fluchtweg monierte sie, dass die Rathhaustüren nicht in Fluchtrichtung, sondern

nach innen aufgehen. Die nötigen Änderungen wären zwar mit erheblichen Kosten verbunden, müssten aber mit der Totalrevision des Rathauses erfolgen, fügte Daniel Schwab (FDP, Zürich) an.

### «Nur für sich selbst macht der Kanton eine Ausnahme.»

*Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon)*

Dennoch sprach sich die Mehrheit gegen Hugentoblers Postulat aus: SVP, CVP, BDP, GLP und Grüne lehnten es ab. «Das Leben ist gefährlich – so ist es eben», sagte Christian Hurter (SVP, Uetikon am See). Ein zweites Treppen-

haus sei im Rathaus nicht möglich. Und: «Die Aussenfassade ist denkmalgeschützt.»

### Vertrauen in den Allmächtigen

Auf Hilfe von ganz oben setzte Max Homberger (Grüne, Wetzikon): «Habt mehr Vertrauen in den Allmächtigen», empfahl er den EVP-Postulanten. Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon) sprach eher weltliche Hilfe an: «Verschiedene Massnahmen wurden bereits umgesetzt, um die Sicherheit im Rathaus zu verbessern. Sollte der Umbau des Rathauses zum Thema werden, sollte die Sicherheit nochmals überprüft werden.»

Letzteres stellte Baudirektor Markus Kägi (SVP) im Namen des Regierungsrats in Aussicht. Für ihn persönlich ist diese Aussage aber kaum bindend: Kägi tritt bei den Wahlen im kommenden Frühling nicht mehr an. *Matthias Scharrer*